

Mag. Barbara Schwarz
Landesrätin

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 13.02.2012
zu Ltg. - **1429/A-5/251-2012**
-Ausschuss



Herrn
Präsidenten des NÖ Landtages
Ing. Hans Penz

St. Pölten, am 13. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer betreffend Erwachsenensozialarbeit in NÖ, eingebracht am 21.12.2012, Ltg.-1429/A-5/251-2012, darf ich im Rahmen meiner Zuständigkeit wie folgt Stellung nehmen:

Dem Ziel, das Land Niederösterreich als soziale Modellregion weiter zu etablieren, sind eine Fülle von Projekten und Maßnahmen gewidmet. Eine kompetente und effiziente Verwaltung ist ein selbstverständlicher Teil davon.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung auf Grundlage des NÖ Mindestsicherungsgesetzes, LGBl. 9205, stellt nicht nur die Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Unterkunftsbedarfes sicher. Ziel ist die (Wieder-)Eingliederung in das Berufsleben. Dazu gehört neben der sozialarbeiterischen Beratung und Betreuung auch die Möglichkeit bei den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice Beratungsleistungen in Anspruch zu nehmen, ebenso wie Projekte zur Armutsbekämpfung im Rahmen des Territorialen Beschäftigungspaktes:

- Projekt „Chance-schuldlos“ (Dauer: Juli 2011-Juli 2013)
- Projekt „Beratungs-und Betreuungseinrichtungen BMS-BBE“ (Dauer: Juli 2011-Mai 2013)
- Projekt „fairnetzt“ (Dauer: Juli 2011- Juli 2013)



Die Sozialplanung des Landes NÖ erfolgt bereits seit 1990 intensiv in Kooperation mit Forschungseinrichtungen.

Der Altersalmanach liefert Aufschluss über die derzeitige Altersstruktur, die demographische Entwicklung und die Lebenssituation älterer Menschen in Niederösterreich und gibt die Bedarfe im mobilen und stationären Bereich für pflegebedürftige Personen wieder. Der Altersalmanach wurde zuletzt im Frühjahr 2012 neu aufgelegt und war Basis des einstimmigen Landtagsbeschlusses vom 23.02.2012 betreffend „Landespflegeheime, Ausbau- und Investitionsprogramm 2012 bis 2018“, Ltg.-1095/S-5/37-2012.

Die Wirtschaftsuniversität Wien, NPO Institut, wurde mit der Erstellung der Grundlagen eines Bedarfsplans der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen in Niederösterreich betraut. An dieser Studie arbeiten neben der Abteilung Soziales als zuständige Fachabteilung die Trägerorganisationen sowie aufgrund der Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention erstmals auch die SelbstvertreterInnen mit.

Ziel der Studie ist eine Prognose über die zukünftige Anzahl an Menschen mit Behinderung in den einzelnen niederösterreichischen Regionen und Bezirken und der sich daraus ergebende Bedarf an Plätzen in Betreuungseinrichtungen sowie Betreuungsbedürfnisse von Menschen mit Behinderungen.

Für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen ist beabsichtigt den aus dem Jahr 2003 stammenden NÖ Psychiatrieplan einer Evaluierung zuzuführen.

Bei diesen Planungsmaßnahmen geht es nicht nur darum, allfällige „Mangelversorgung“ zu erkennen und zu vermeiden, sondern weit darüber hinaus. Diese Planungen dienen dem Ziel, die bestehenden Angebote bestmöglich zu vernetzen und bedarfsgerichtet auszubauen. Der bestehende Angebotsmix wird – insbesondere im Bereich der älteren und pflegebedürftigen Menschen – ständig hinsichtlich Treffsicherheit und Wünsche der Menschen selbst hinterfragt und danach ausgerichtet. Die Menschen sollen aus den bestehenden Angeboten (Betreutes Wohnen, mobile Dienste, 24-Stunden-Betreuung, stationäre Pflege) jene auswählen

können, die für ihre Lebensumstände am besten passen. Als Beispiel seien hier nur der Ausbau des Betreuten Wohnens samt verpflichtendem Betreuungspaket sowie die Einrichtung von speziellen Demenzgruppen in den Pflegeheimen genannt. Daneben gibt es ein umfassendes Leistungsangebot für psychisch beeinträchtigte Personen durch den Psychosozialen Dienst (PSD), welcher durch die beiden Träger Caritas St. Pölten und PSZ GmbH flächendeckend in Niederösterreich wahrgenommen wird.

Über die Angebote des Landes informieren die Sozialinfo Niederösterreich (<http://www.sozialinfo.noel.gv.at/>), die Homepage des Landes NÖ (<http://www.noel.gv.at/>) sowie der jährlich erstellte NÖ Sozialbericht (http://www.noel.gv.at/gesellschaft-soziales/sozialhilfe/sozialberichte/sozialhilfe_sozialbericht.html).

Für den persönlichen Kontakt und als Erstanlaufstelle stehen so wie bisher auch künftig die Bezirksverwaltungsbehörden bei existenziellen und sozialen Problemen als lokale und regionale Ansprechpartner zur Verfügung. Landesweit bildet die Pflegehotline des Landes NÖ eine Erstanlaufstelle für alle Fragen zum Thema Pflege. Die Beratung durch die MitarbeiterInnen findet in Form von telefonischen Beratungen, mobilen Beratungen und Büroberatungen statt. Die hohe Akzeptanz dieser Servicestelle wird dadurch belegt, dass seit Bestand derselben ab dem Jahr 2006 90.000 BürgerInnen diese Dienstleistung in Anspruch genommen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Barbara Schwarz e. h.
Landesrätin